Platzabbeck

Nr. 7, 28. Oktober 2019

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Städtische Klinken in kommunaler Hand! – Standort Holweide bleibt!

Der Kölner Stadtrat beauftragte mit den Stimmen von CDU, Grüne, FDP und GUT Oberbürgermeisterin Reker, Verhandlungen mit dem Land NRW über ein Stiftungsmodell mit der Uniklinik Köln aufzunehmen. Faktisch würde damit der kommunale Zugriff auf die Städtischen Kliniken aufgegeben und in einer Anstalt des öffentlichen Rechts die Beherrschung auf die Uniklinik übergehen. DIE LINKE und SPD setzten einen eigenen Antrag dagegen.

CDU und Grüne mussten Zugeständnisse eingehen. So soll der Standort Holweide erhalten bleiben. Jetzt muss die Frage der Finanzierung geklärt werden. Wir dokumentieren aus der Rede von Jörg Detjen.

Seit Jahrzehnten entzieht sich das Land NRW, ob mit Rot-Grün oder mit Schwarz-Gelb, einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser. Es ist erbärmlich, dass die Uniklinik allein bei Bauinvestitionen im Durchschnitt 19 mal mehr bekommt als die Städtischen Kliniken.

Und wenn wir uns die Planungen des Wissenschaftsrats für die Förderungen der Unikliniken in NRW ansehen, sollen die Gelder nach Bielefeld und Bochum fließen.

Gleichzeitig arbeitet das Land an einem neuen Krankenhausplan. Dort sollen drastisch Betten abgebaut werden. Das heißt, für den Bettenabbau werden wir vielleicht einmal einen Geldbetrag erhalten. Aber wir brauchen langfristig Einnahmen für den Betrieb der Städtischen Kliniken. ...

Deshalb sagt DIE LINKE und die SPD in ihrem Antrag: Lasst uns gemeinsam um Landeszuschüsse kämpfen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen in Düsseldorf zu demonstrieren. Gemeinsam mit den Kölnerinnen und Kölner sollten wir für unsere drei Bürgerkrankenhäuser in Holweide, Mer-

Fortsetzung Seite 2 →

Klimaschutz für alle bezahlbar!

Am 9. Juli hat der Rat für die Stadt den Klimanotstand erklärt. DIE LINKE möchte, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht. Deshalb haben wir beantragt, dass die Stadtverwaltung und das Jobcenter künftig nur noch Waschmaschinen und Kühlschränke mit der größten Energieeffizienz anschaffen. Das betrifft Haushaltsgeräte in Unterkünften für Wohnungslose und Geflüchtete sowie die Erstausstattung von Erwerbslosen und Sozialgeldempfängern.

Klimaschutz ist wichtig. Wenn man ihn ernst nimmt, muss man allen ermöglichen, dabei mitzumachen. Auch arme Menschen, für die jeder Euro zählt, sollen in den Genuss energieeffizienter Waschmaschinen und Kühlschränke kommen. Stadt und Jobcenter zahlen dann etwas mehr für die Geräte. Dafür wird das Klima so wenig wie möglich belastet. Und die Menschen, die die Geräte benutzen, sparen durch die niedrigeren Energiekosten noch Geld.

Diese Waschmaschinen und Kühlschränke werden von der Stadt regelmäßig angeschafft. Innerhalb der letzten Jahre konnten die Hersteller den Wasser- und Stromverbrauch noch einmal deutlich senken. So werden in der höchsten Effizienzklasse A+++ Modelle mit höchst unterschiedlichem Verbrauch verkauft. Bei Kühlschränken können – trotz der gleichen Effizienzklasse – 43,5 % und bei Waschmaschinen 50 % der CO2-Emissionen verhindert werden. Die neu angeschafften Kühlschränke sollen durchschnittlich nicht mehr als 70 kWh Strom im Jahr verbrauchen, Waschmaschinen 100 kWh und 10.000 l Wasser.

Den Klimanotstand auszurufen, macht nur Sinn, wenn alle erdenklichen Maßnahmen getroffen werden, um den Klimawandel aufzuhalten. Gerade die letzten Sommer haben gezeigt, dass auch der Wasserverbrauch eine wichtige Rolle spielt. Bei der Abstimmung im Sozialausschuss stieß unser Antrag auf allseitiges Interesse. Nach einer lebhaften und interessanten Diskussion wurde beschlossen, den Antrag der LINKEN in die nächste Sitzung zu schieben. Bis dahin sollte die Verwaltung die Kosten ermitteln, um auf dieser Basis zu entscheiden.

Jörg Detjen, Klaus Roth

Am 9. November protestierten mehrere hundert Beschäftigte im Bildungsbereich gegen die skandalöse Unterfinanzierung. Unter dem Motto „Bildungsalarm! Rote Karte für die Bildungspolitik" forderten sie die Umwandlung prekärer Arbeitsverhältnisse in Stellen, von denen man in Würde leben kann, das Ende der Befristungen, kleinere Klassen und Kitagruppen, Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall und Investitionen in die maroden Bildungsgebäude. Auch DIE LINKE war vertreten, u. a. durch den bildungspolitischen Sprecher der Fraktion Heiner Kockerbeck.

heim und in der Amsterdamer Straße eintreten.

Wir brauchen jetzt ein Investitionsprogramm des Kölner Stadtrates für den Umbau dieser drei Standorte. Wir können nicht monatelang warten, bis wir aus Düsseldorf eine negative Meldung bekommen.

Ein Neubau in Holweide für ein kleines Krankenhaus mit Ambulanzzentrum ist ein Zukunftsprojekt, um das wir jetzt kämpfen müssen, mit Landesmitteln und mit eigenen Mitteln.

Wenn Betten abgebaut werden sollen, warum interessiert sich die Uniklinik so für die Städtischen Kliniken? Das kann ich ihnen sagen.

Es geht in diesem Geschäft um nichts anderes als die Patientendaten. Mit mehr Patientendaten kann die Uniklinik mehr Forschungsgelder ergattern.

Und dass alles auf Kosten der Kölnerinnen und Kölner. Denn bei diesem Deal, bei diesem Stiftungsmodell, geben CDU, FDP und Grüne die Grundversorgung in der Gesundheitsversorgung aus der kommunalen Hand und in die komplette Steuerung der Uniklinik. Das wollen wir nicht!

Deshalb treten wir mit unserem Antrag für Kooperationen und Zusammenarbeit von Klinken im Rheinland ein. Jetzt brauchen wir ein Investitionsprogramm, damit das Sanierungskonzept überhaupt greifen kann.

Hohe Sanktionen des Jobcenters nicht rechtens

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat Sanktionen für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt, soweit diese 30 % des Regelbedarfs übersteigen oder gar zu einem vollständigen Wegfall der Leistungen führen. Unvereinbar mit dem Grundgesetz sind Sanktionen außerdem im Fall außergewöhnlicher Härten, wenn sie zwingend drei Monate gelten müssen. Allerdings hat der Senat die Vorschriften mit entsprechenden Maßgaben bis zu einer Neuregelung für weiter anwendbar erklärt.

Das Bundesverfassungsgericht begründete seine Entscheidung damit, dass Erwerbslosen zumutbare Mitwirkungspflichten zur Überwindung der eigenen Bedürftigkeit auferlegen werden können. Die Verletzung solcher Pflichten kann bestraft werden, indem der Staat vorübergehend staatliche Leistungen entzieht. Für die Entziehung von Leistungen gelten allerdings strenge Anforderungen der Verhältnismäßigkeit. Der sonst weite Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers ist hier beschränkt.

Das bisherige Sanktionsregime wird mit diesem Urteil stark entschärft. Der vollständige Wegfall der Leistungen oder Sanktionen von 60 % sind nicht mehr zulässig. Zudem soll es Ausnahmen für Härtefälle geben und der bisherige starre Sanktionszeitraum von drei Monaten kann verkürzt werden.

Auch weitere Punkte des Urteils begrenzen die Sanktionslogik eng. Das Bundesverfassungsgericht führt aus: „Die den entsprechenden Anspruch fundierende Menschenwürde steht allen zu, ist dem Grunde nach unverfügbar und geht selbst durch vermeintlich unwürdiges Verhalten nicht verloren; sie kann selbst denjenigen nicht abgesprochen werden, denen schwerste Verfehlungen vorzuwerfen sind“. Die Sanktionen dürfen zudem nicht als repressives Mittel eingesetzt werden und schließen Mitwirkungspflichten aus, die auf eine staatliche Bevormundung oder Versuche der Besserung gerichtet sind. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass Sanktionen nur dann möglich sind, wenn sie nachvollziehbar dazu beitragen, die Hilfebedürftigkeit zu überwinden und verhältnismäßig sind.

Fraglich bleibt, wie der Gesetzgeber mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nunmehr umgehen wird. Denn dem Urteil ist zu entnehmen, dass Sanktionen nur eine Möglichkeit des Gesetzgebers sind: „Der Gesetzgeber hat neu zu regeln, ob und wie Pflichtverletzungen (..) sanktioniert werden. Es liegt in seinem Entscheidungsspielraum, ob er weiterhin Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten vorgeben und in unterschiedlicher Höhe ansetzen will.“ Entscheidend sollte sein, dass das menschenwürdige Existenzminimum in Zukunft unverfügbar und einzulösen ist. So hatte das Bundesverfassungsgericht schon 2010 geurteilt.

Güldane Tokyürek

Flughafenbeschäftigte protestieren vor dem Rathaus gegen Tarifflucht

Friedrich Merz, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafen GmbH, und seinem Geschäftsführer Schrank müssen mächtig die Ohren geklungen haben, als vor der Ratssitzung am 7. Januar gut 50 der rund 700 Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di ihren Protest gegen die geplante Ausgründung in eine Tochtergesellschaft vor das Rathaus trugen.

Denn der Einladung von ver.di, den Beschäftigten ihre Position zur geplanten Tarifflucht am Flughafen zu erläutern, war nicht nur Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat gefolgt. Ver.di Sekretär Frank Michael Munkler konnte dort auch die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Christian Joisten, Bernd Petelkau von der CDU, für die Grünen den wirtschaftspolitischen Sprecher Jörg Frank und sogar den FDP-Fraktionsvorsitzenden Sterck begrüßen.

Für DIE LINKE stellte Jörg Detjen eindeutig klar: „Wir werden einer Ausgründung der Bodenverkehrsdienste nicht zustimmen, und wir werden auch im Gespräch mit den anderen Fraktionen im Rat darum kämpfen, dass es im Kölner Rat keine Mehrheit für die Ausgründung gibt.“

Mit dieser Ausgründung, die auch von der SPD abgelehnt wird, will die Flughafengeschäftsführung die dem Preisdruck der Billigflieger geschuldeten roten Zahlen der Bodenverkehrsdienste mit einer Absenkung der Löhne und massiven Verschlechterungen der betrieblichen Altersvorsorge bis 2030 abbauen. Platzjabbeck berichtete darüber in der letzten Ausgabe.

Für die Ohrenschmerzen des Herrn Merz dürfte aber ausschlaggebend gewesen sein, dass auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Petelkau und seine Jamaika-Bündnispartner wenig Sympathien für dessen neoliberales Sanierungskonzept erkennen ließen. Petelkau forderte sogar einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag für die Bodenverkehrsdienste, um der nicht tarifgebunden Billigkonkurrenz privater Flughafendienstleister die Grundlage zu entziehen.

Der Aufforderung von ver.di, dieses Nein zur Ausgründung auch in einem Ratsbeschluss zu dokumentieren, mochten sich CDU, Grüne und FDP aber nicht anschließen und hielten sich so ein Hintertürchen offen.

Das Signal, in den Tarifverhandlungen am Flughafen nicht länger auf einer Ausgründung zu bestehen, müsste dennoch bei Herrn Merz und seinem Geschäftsführer angekommen sein. Denn ohne die Zustimmung des Kölner Rates wird es keine Ausgründung geben, denn der müsste auch die Stadt Köln als Miteigentümerin des Flughafens zustimmen.

Wolfgang Lindweiler

Aus den Bezirken

Kalk

Schulnotstand: Ganzheitliche Krisenplanung bereits vor der Krise

Wie die Sanierungsfälle an der KGS Zehnthofstraße (Ostheim) und dem städtischen Gymnasium Kantstraße (Kalk) eindrucksvoll beweisen, kommt es im Bereich der Schulgebäude immer wieder zu sogenannten „unliebsamen Überraschungen". Tatsächlich muss man allerdings feststellen, dass es sich hier um voraussagbare Ereignisse handelt.

Unter Berücksichtigung des Baujahres der Schulen im Stadtbezirk Kalk und der jahrelangen nicht oder nur mangelhaft erfolgten Bestandspflege ist davon auszugehen, dass es immer wieder zu ungeplanten plötzlichen Sanierungsfällen kommen kann und wird. Ebenfalls könnten katastrophale Ereignisse von außen eine Schule unbenutzbar machen.

Beim Kaiserin-Theophanu-Gymnasium in der Kantstraße gibt es die glückliche Fügung, dass sowieso ein Containerstandort genehmigt war und bei der Grundschule Zehnthofstraße konnte die Verwaltung auf den Standort Vietorstraße zurückgreifen, der eigentlich als Ersatzstandort zur Sanierung der Grundschule Kapitelstraße vorbereitet war.

Die Verwaltung versucht nach eigenen Angaben, die Katastrophe so gut es geht zu organisieren. Wie aber Lehrer, Eltern und Schüler berichten, klappt nicht alles so, wie es laufen könnte, wenn es einen organisatorischen Plan gäbe. Lehrermehrstunden zum Begleiten der Busse, welche die Kinder derzeit von Ostheim nach Kalk transportieren, werden vom Land nicht übernommen. Eine Alternative hat die Stadt aber auch nicht in petto und zieht sich hinter Gesetze zurück, die den Eltern die Zuständigkeit für den Schulweg zuweisen.

Selbst wenn in den nächsten 5 bis 8 Jahren während der Arbeiten in der Zehnthofstraße nichts mehr passieren sollte, kann danach wieder eine ähnliche Situation eintreffen.

Für alle möglichen Szenarien gibt es Krisenpläne, ob es ein Rheinhochwasser, ein Chemieunfall oder Sturm am Rosenmontag ist, aber nicht für den Fall, dass eine Schule oder Teile einer Schule unbenutzbar werden. Dies hätte eigentlich spätestens bei Ausrufung des Schulnotstandes durch die damalige Dezernentin geschehen müssen.

Darum haben wir beantragt und gegen die Stimmen der CDU durchgebracht, dass die Verwaltung einen Krisenplan für den Fall erarbeitet, dass Schulen oder Teile davon im Stadtbezirk Kalk nicht mehr oder vorrübergehend nicht nutzbar sind.

In diesem Krisenplan wird unter anderem festgesetzt, welche Dienststellen in welcher Reihenfolge durch wen zu informieren und zu beteiligen sind, welche städtischen Ausweichflächen im Stadtbezirk es in Schulnähe gibt und einen standardisierten, schnellen Informationsfluss an Schule, Erziehungsberechtigte, Bezirkspolitiker und andere.

Der bezirkliche Krisenplan kann als Vorbild für Krisenpläne anderer Stadtbezirke dienen und sollte mit diesen verzahnt und abgestimmt werden. Die rechtlichen Möglichkeiten zur beschleunigten Errichtung von Übergangsgebäuden auf den festgesetzten Ausweichflächen sind zu schaffen und aktuell zu halten. Die Genehmigungsverfahren sind für den Krisenfall zu beschleunigen; in den Dienststellen sind Mitarbeiterinnen hierfür unmittelbar nach Meldung freizustellen. Außerdem sollen mit dem Land NRW entsprechende notwendige Vereinbarungen getroffen werden, die dann im Krisenfall unmittelbar greifen.

HP Fischer

Kalk

Kurzstreckenticket zum Nulltarif

So mancher, der es wagt mit der KVB von einem Kalker Stadtteil aus in die Innenstadt zu fahren, mag darüber fluchen, wie lange er dafür braucht. Dabei ist es auch kein Trost, dass eine im April 2018 in der Kalker Bezirksvertretung beschlossene Anregung bis in den Rat der Stadt Köln 18 Monate braucht, obwohl die Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen lediglich drei Monate hierfür vorsehen. Anscheinend ist im Verkehrsdezernat auch mehr Stau als Vorankommen.

In der Stellungnahme der Verwaltung waren denn auch keine neuen Argumente zu finden. So heißt es einerseits, dass man mit einer Preissenkung keine neuen Kunden akquiriere, so lange nicht auch die Kapazitäten ausgebaut seien. Andererseits heißt es, dass man nicht die Kapazitäten für die neuen Kunden durch die Kostenreduktion vorhalte. Dass die Kapazitätsgrenze aber nur zu 10 % des Tages erreicht wird, liest man zum Beispiel nirgendwo.

Die zweite stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß (LINKE) wollte dann auch im Rat wissen, wann diese ausreichende Kapazitätserweiterung genau erreicht sei. Darauf erhielt sie keine Antwort. Sie verwies zum einen auf 50 Jahre alte Ausbaupläne für das Straßenbahnnetz und zum anderen darauf, dass die Buslinie 179, die als Verstärkerlinie der Linie 9 eingesetzt wird, auf ihrer Rückfahrt von Deutz nach Neubrück nicht an einer Haltestelle anhält, um Fahrgäste mitzunehmen, sondern als Geisterbus auf der Straße ist.

Wenn die Stadt und die KVB wirklich die Kapazitäten erweitern und Kunden gewinnen wollten, wäre es ihnen zu raten, auch mal auf andere zu hören. So ist es beispielsweise völlig sinnentleert, dass mittlerweile drei Buslinien über die Kalker Hauptstraße parallel zur U-Bahntrasse fahren, obwohl andere Streckenverläufe möglich wären.

Der Rat jedenfalls beschloss, das Thema nicht zu ignorieren, sondern in den Fachausschüssen weiter zu diskutieren. Wir werden ohne weitere Ungeduld auf die Ergebnisse warten wie auf den Bus oder die Bahn oder ...

HP Fischer

Am Sonntag, den 10. November, beteiligten sich 1.000 Menschen an dem alljährlichen Schweigemarsch anlässlich der Reichspogromnacht und der Ermordung der 11 Zwangsarbeiter am 25.10.1944 in Ehrenfeld. Zu Beginn sprach Miguel Freund. Auf der abschließenden Kundgebung sprach Bürgermeister Josef Wirges, Oberbürgermeisterin Reker und - für Köln stellt sich quer - Jörg Detjen. Wie in jedem Jahr prägte Rolly und Benjamin Brings das Kulturprogramm. Das Markus Reinhardt Ensemble (Foto) war auch dabei.

Aus den Ausschüssen

Verkehrswende jetzt – oben bleiben!

Volles Haus im Forum der Volkshochschule am 29. Oktober 2019: 150 Menschen waren gekommen, um mit dem Bündnis Verkehrswende, der Volkshochschule und den eingeladenen ExpertInnen über Alternativen für eine zeitgemäße Verkehrspolitik in Köln zu diskutieren. Mit drei Vorträgen wurde die Veranstaltung eingeleitet:

„Mehr Demokratie e.V." beschäftigte sich mit Bürgerbeteiligungsverfahren, wie sie auch im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ost-West-Achse durchgeführt wurden. Es wurden Standards hinsichtlich der Offenheit des Prozesses formuliert, die eine gelungene Bürgerbeteiligung erfüllen muss.

In Diskussionsgruppen wurde nach den Vorträgen die Debatte vertieft. Das

Ratsmitglied Michael Weisenstein (DIE LINKE) präsentierte die Argumente, die im Kölner Rat für und gegen einen oberirdischen Ausbau vorgebracht wurden, und stellte die derzeitige politische Beschlusslage und die weiteren Prozesse dar. Die Entscheidung für oder gegen einen neuen Tunnel ist derzeit aufgeschoben und wird nach der Kommunalwahl erneut im Stadtrat auf den Tisch kommen.

Für die D-Gruppe, ein Zusammenschluss von Fachleuten, die schon einmal im Kölner Amt für Stadtentwicklung tätig waren, präsentierten Dr. Utz Ingo Küpper und Gertrude Helm ihr Konzept, die Ost-West-Achse zu einer Promenade umzugestalten. Die Stadtbahnlinien würden oberirdisch ausgebaut und umgestaltet, der Autoverkehr deutlich reduziert. So würde eine fußgänger- und fahrradfreundliche Gestaltung der Promenade erreicht.

Hart ging Dr. Küpper mit den Plänen der Stadt ins Gericht: „Was Köln nach unserer festen Überzeugung für lange Zeit nicht mehr braucht, sind weitere neue Großprojekte, denn für die gilt meistens: Die Gesamtkosten werden am Anfang, zum Einstieg, zu niedrig angesagt, um dann im langfristigen Verlauf ständig und unabwendbar zu steigen." So würden die Finanzmittel und Planungskapazitäten durch ein solches Projekt in einem Umfang gebunden, dass für die dringend nötige Verkehrswende in Köln nichts mehr übrig bleibt.

Bündnis Verkehrswende präsentierte konkrete Vorschläge zur Entlastung der Ost-West-Achse: Fünf Umweltbrücken über den Rhein, ein Wasserbus und eine Seilbahn über den Rhein (Mehr Info auf: verkehrswende.koeln). Alle drei Vorschläge zielen darauf, den Rhein, der eine natürliche Mobilitätsbarriere bildet, als Verkehrsraum zu erschließen und die Engpässe des Kölner Verkehrsnetzes zu entlasten.

In der lebhaften und informierten Debatte zeigte sich ein breiter Konsens dafür, die Ost-West-Achse oberirdisch auszubauen. Ein Tunnelbau wurde abgelehnt. In vielen Beiträgen wurde gefordert, auch mit Blick auf den Klimawandel, den ÖPNV-Ausbau auch in den Kölner Außenbezirken und im Kölner Umland stärker zu verfolgen.

Das Bündnis Verkehrswende wird die Dynamik dieser Diskussion gemeinsam mit der D-Gruppe aufgreifen, in Kürze mit weiteren Alternativvorschlägen in die Debatte eingreifen und ein breites Bündnis suchen, um die Forderung „Oben bleiben!" in die Stadtgesellschaft und den Kommunalwahlkampf zu tragen.

Fiete Saß

Stadtentwicklung

Schutz für Mieter*innen in Mülheim

Die Wohnungsnot in Köln wird immer schlimmer. Alle Parteien beteuern immer wieder, wie wichtig es ist, auch für Normalverdiener Wohnungen zu schaffen und zu erhalten. Viele Maßnahmen sind nötig, um endlich preiswerten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. In vielen Vierteln Kölns wird es für die alteingesessene Bevölkerung immer schwieriger, die hohen Mieten zu zahlen. Viele Menschen müssen ihr Veedel unfreiwillig verlassen.

DIE LINKE hat deshalb mit SPD, Piraten und Freien Wählern einen gemeinsamen Antrag zur Ratssitzung im November eingebracht. Ziel des Antrages: Eine soziale Erhaltungssatzung für Köln-Mülheim zu erlassen.

Seit mehreren Jahren fordert die Kölner LINKE soziale Erhaltungssatzungen für Köln. Mit diesem Instrument aus dem Baurecht können Luxussanierungen, die Zusammenlegung von Wohnungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden.

Mülheim ist im Wandel: Mehrere tausend teure Eigentumswohnungen werden in den nächsten Jahren im Süden von Mülheim gebaut. Investoren und Spekulanten drängen in das Viertel, ziehen die Mietpreise nach oben und verdrängen die angestammte Mieterschaft im ehemaligen Arbeiterviertel. Deshalb braucht Mülheim jetzt schnell die Milieuschutzsatzung.

Der Rat hat nun mit breiter Mehrheit beschlossen, endlich Erhaltungssatzungen für Mülheim und das Severinsviertel zu erlassen. Außerdem wird die Bevölkerungsentwicklung in weiteren Viertel genau beobachtet. Es soll beobachtet werden, ob und in welchem Umfang Mieterinnen und Mieter verdrängt werden. Ist eine erhebliche Verdrängung festzustellen, können weitere soziale Erhaltungssatzungen erlassen werden.

Michael Weisenstein

Verkehr

Pförtnerampel funktioniert

Auf der Aachener Straße waren mehr Autos unterwegs, als diese Straße aufnehmen kann. Durch die Pförtnerampel werden nur so viele Autos auf die Straße gelassen, wie sie tatsächlich aufnehmen kann. Davor bildet sich Stau, in dem die Autos ca. 10 Minuten stehen; dahinter läuft der Autoverkehr dagegen viel flüssiger als vorher. Dadurch holen Autofahrer ihre verlorenen zehn Minuten wieder raus.

Nur durch flüssigen Verkehr kann der Expressbus seine Wirkung entfalten. Neben den Autos im Stau wäre er sinn- und zwecklos. Auf einer Busspur können vier- bis fünfmal so viele Menschen befördert werden wie auf einer Autospur.

Pförtnerampel und Expressbus haben die Stickoxidbelastung auf der Aachener Straße unter den Grenzwert gesenkt und damit Fahrverbote verhindert.

Michael Weisenstein

Friedliche Demonstration gegen den türkischen Angriffskrieg

von links: Heribert Hirte, MdB · Gisela Manderla, MdB · Matthias W. Birkwald, MdB · Berivan Aymaz, MdL

Am 19. Oktober sollte in Köln eine große, friedliche Demonstration gegen den Krieg der Türkei in Syrien stattfinden. Zwei Tage vor der Demonstration baute die Kölner Polizei einen Popanz auf, indem sie behauptete, dass es wahrscheinlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen käme. Es wurde sogar ein Verbot erwogen.

Das schreckte viele Interessierte ab. Sie dachten, die Polizei hätte die Veranstaltung untersagt. Das hatte die Kölner Polizei schon mal bei anderer Gelegenheit gemacht.

Die Demonstration verlief friedlich. Sogar eine Bundestagsabgeordnete der CDU sprach auf der Kundgebung. Trotzdem durfte man das Agieren der Kölner Polizei nicht durchgehen lassen. Die demokratischen Rechte der Veranstalter wurden missachtet. Gleich nach der Demonstration gaben zwei LINKE eine Erklärung ab, um eine Diskussion um den Polizeieinsatz herbeizuführen.

Am 6. November fand eine Mahnwache vor dem türkischen Konsulat in Hürth für die Freilassung von Hozan Cane und Dilan Örs statt. Inzwischen wurde bekannt, dass das Revisionsverfahren gegen Hozan Cane niedergeschlagen wurde. Ratsmitglied Jörg Detjen schrieb Dilan Örs in einem Brief: „Dilan, du fehlst uns hier in Köln."

Matthias W. Birkwald MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer und Jörg Detjen MdR, Fraktionssprecher erklärten nach der Demo:

„So, so, der Kölner Polizeipräsident erklärte um 12:37 Uhr auf dem Chlodwigplatz: 'Es ist erstaunlich, wie friedlich es bislang ist. Ich hoffe es bleibt so'. Es blieb so.

Die Frage bleibt, woher hatte Polizeipräsident Jacob seine Informationen, dass es auf der Veranstaltung zu Krawall kommen sollte? Er hatte sogar den Eindruck erweckt, als stünde ein Verbot unmittelbar bevor. Unterstützung des Demonstrationsrechts ist das nicht. In den Medien erklärte er am Freitag 'Erkenntnisse von anderen Sicherheitsbehörden' zu haben.

Was sind wohl 'andere Sicherheitsbehörden'? Der Verfassungsschutz, das CSU-Innenministerium? Oder ist der Kölner Polizeipräsident auf den türkischen Geheimdienst reingefallen? Ein Rätsel, das er auflösen könnte!"

Die Diskussion kam in Gang. Die Presse berichtete sehr kritisch über den Einsatz der Kölner Polizei. Auch die Grünen kritisierten das Vorgehen. Aber die Strategie der Polizei hatte verfangen. Die Lesebriefe waren alle pro Polizei und hetzten teilweise gegen die Veranstalter. Ein Beispiel dafür, wie Behörden sich an die Spitze von autoritären und teilweisen rechten Stimmungen katapultieren können.

Jörg Detjen

Messegutachten veröffentlichen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen!

Nun liegt das Messegutachten vor und kaum jemand darf es lesen. Für die Öffentlichkeit ist das Gutachten bislang noch nicht zugänglich. Das ist ein Unding. Der Rat hatte das Gutachten in Auftrag gegeben, um Transparenz zu schaffen. Deshalb ist es wichtig, dass der Kölner Stadtrat einen Weg geschaffen hat, wie die Öffentlichkeit die wichtigsten Inhalte des Gutachtens lesen kann.

Zum Gutachten selbst: Wer sich in den letzten 15 Jahren mit dem Messeskandal beschäftigt hat, musste enttäuscht sein. Neue Enthüllungen bietet das Gutachten nicht.

Das ist auch ein Beleg für die beeindruckende journalistische Arbeit, die von Werner Rügemer, Frank Überall, Andreas Damm, Peter Berger und Georg Wellmann geleistet wurde. Am 11. Dezember wird der WDR einen neuen Beitrag zum Messedeal senden.

Auch unsere Kritik, die wir am Messedeal hatten – damals noch als kleine PDS-Gruppe – hätte ohne die gleichzeitige investigative Arbeit dieser Journalisten keine Resonanz gefunden.

Für DIE LINKE ist die Frage wichtig: Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Gutachten? Einige Anregungen:

- Städtische Grundstücke dürfen nicht ohne Ausschreibung an einen Investor verkauft werden und dann wieder zurückgemietet werden. Eine Praxis, die bis heute in diesem Hause nicht unüblich ist.
- Bauaufträge werden erst dann beschlossen, wenn die Planung abgeschlossen ist.
- Der Rat muss lernen, mit dem Argument des Zeitdruckes souverän umzugehen und diesen Zeitdruck abzuwehren.
- Der Rat muss lernen, die Risiken von Großprojekten zu hinterfragen, bevor er Beschlüsse fasst. Hier machen wir gerade erste Schritte und bauen ein Risikomanagement auf.

Jörg Detjen

Das Recht auf Wohnen sollte demokratisch und gemeinwirtschaftlich geregelt sein.

Reinhold Gütter, ehemals Abteilungsleiter im Kölner Amt für Stadtentwicklungsplanung, hat eine Flugschrift verfasst. Er will einen verständlichen Überblick über die Wohnungspolitik im Nachkriegsdeutschland und den Umgang mit dem Grundbedürfnis Wohnen in kapitalistisch verfassten Gesellschaften geben. Ein anspruchsvolles Vorhaben, das ihm gut gelingt.

In einem „Ritt durch Raum und Zeit" stellt Gütter drei sehr unterschiedliche nationale Ansätze zur Lösung von Wohnungsnotständen vor: Den Berliner Mietskasernenbau, den er mit den Worten von Werner Hegemann als „eine der fluchenswürdigsten Formen des großstädtischen Massenpferchs" kritisiert; das Council Housing in Großbritannien und die Hypothekenkredite in den USA.

Nach einem Rückblick auf Diskussionen der 1970er Jahre benennt Gütter die drei Faktoren, aus denen der Preis von Immobilien besteht, nämlich aus „Lage, Lage, Lage". Seine Schlussfolgerung:

„Der vom Immobilienhandel als wesentlich bezeichnete Lagewert beruht auf Leistungen der Gesellschaft und sollte deshalb von Privaten nicht kapitalisiert werden dürfen."

Es wird deutlich, wie gespalten die

Wohnungsmärkte sind. Während Immobilien mancherorts unverkäuflich sind, explodieren andernorts die Preise. Diese Spaltung setzt sich auch innerhalb von Städten fort, wo sich Quartiere mehr und mehr voneinander abgeschotteten.

Diese räumliche Polarisierung korrespondiert mit einer zunehmenden Polarisierung der Einkommen. Die Inflation der Immobilienpreise verschärft die Vermögensumverteilung ganz erheblich.

Gütter belässt es nicht allein bei der Analyse. Er zieht klare Konsequenzen und unterstützt die Forderung des Berliner Volksbegehrens zur Rückübertragung von der Stadt Berlin zuvor veräußerter Wohnungsbestände und zur Enteignung großer Wohnungsbestandshalter. [1]

Er argumentiert, dass Wohnungsneubau in den wachstumsstarken Metropolregionen ohne Zweifel erforderlich sei, aber die Wohnungsnot könne dort durch Wohnungsneubau nur langfristig behoben werden. Eine zeitnahe Lösung der Wohnungsnot biete hingegen die Sozialisierung von Wohnungsbeständen, die sich in der Hand von Kapitalgesellschaften befinden.

„Damit wäre in der Tat noch keine einzige neue Wohnung geschaffen, die vermögenslose Hälfte der Bevölkerung jedoch vor dem Angriff vagabundierenden Kapitals auf ihr Recht auf Wohnen geschützt."

Hans Günter Bell, Stadtplaner,
Sozialwissenschaftler,
Sprecher der LINKEN. Köln

Reinhold Gütter: Wohnungsnot und Bodenmarkt. Nachhaltige Alternativen für Wohnen und Stadtentwicklung. Eine Flugschrift, VSA-Verlag, Hamburg 2019, EUR 9.80

1 https://www.dwenteignen.de/

Klares Bekenntnis zum Großmarkt verweigert

Die grüne Fraktionsvorsitzende von Bülow hatte in der letzten Ratssitzung „gesunde Ernährung" zum wichtigen Thema erklärt, eine lokale und regionale Ernährungsstrategie eingefordert, und dann gesagt: „Das meinen wir ernst."

Kurz danach hatten die Grünen Gelegenheit zu zeigen, wie ernst sie das meinen. DIE LINKE hatte zusammen mit SPD und BUNT einen Antrag für den Erhalt und den Neubau des Frischezentrums eingebracht.

Wenn gesunde und fair produzierte Lebensmittel in sehr großen Umfang alle Kölnerinnen und Kölner erreichen sollen, dann geht das nicht über eine Direktvermarktung der Bauern, Metzger und der anderen Produzenten. Es geht nur über einen modernen, neuaufgestellten Frischemarkt.

Es wäre fatal, wenn diese Versorgungsschiene, die auch das Herzstück der Wochenmärkte ist, komplett in private Hand geht. Dann würde sich möglicherweise der REWE-Konzern auch hier einnisten und den Kölner Lebensmittelmarkt endgültig beherrschen.

Die Stadt Köln darf sich aus der Daseinsvorsorge nicht zurückziehen. Das wäre fatal und würde die Entwicklung hin zu gesünderen und preiswerten Lebensmittel verhindern.

Die Bedeutung des Frischemarktes wird in den nächsten Jahren noch wachsen: Die Lebensmittelversorgung wird sich gerade durch das Thema „Smart City" neu strukturieren. Da haben es kleine Betriebe viel schwerer als große Konzerne. Auch dafür brauchen wir ein Eingreifen der Stadt Köln und ein Eintreten für die Daseinsvorsorge.

Es gibt einen klaren Beschluss für die Schaffung eines Frischemarktes. Aber DIE LINKE hat den Eindruck, dass die Verwaltung das Interesse an und die Motivation für dieses Projekt verloren hat.

Die CDU steht unter dem Druck des Lindenthaler Bürgertums, die den Frischemarkt lieber nicht bei sich haben möchte. Die Grünen scheinen zu taktieren: Auf dem Gelände von Marsdorf wollen sie jetzt auch den FC unterbringen. Selbst aus den Kreisen der Verwaltung hört man, das würde sehr knapp werden. Selbst wenn zum jetzigen Zeitpunkt alles draufpassen würde: Für eine Entwicklung des Großmarkts wäre kein Platz mehr vorhanden.

Im Ergebnis wird der Neubau des Frischemarktes immer weiter verschleppt. Diese Verschleppung gefährdet den Großmarkt und die vielen Arbeitsplätze, die an ihm hängen. Diese Verschleppung gefährdet auch den Händler auf dem Wochenmarkt, den kleinen Gemüsehändler und die Restaurantbetreiberin. Sie sind alle davon abhängig, dass es in Köln einen Frischemarkt gibt, bei dem sie ihre Waren beziehen.

Deswegen wollten wir ein Signal an die Stadtverwaltung, endlich in die Pötte zu kommen. Mit unserem Antrag wollten wir von den anderen Fraktionen ein klares Bekenntnis: Ja, der Großmarkt wird in Marsdorf gebaut, da gibt es kein Wenn oder Aber!

Doch die Grünen beantragten zusammen mit CDU, GUT und der Oberbürgermeisterin den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt und sabotierten so eine längst überfällige Diskussion.

Jörg Detjen

Haushaltsrede von Jörg Detjen zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2020/21 in Auszügen

Mit diesem Doppelhaushalt haben wir das erste Mal seit 2014 wieder zwei Haushalte mit Kürzungen. Wir hatten in den Jahren 2012, 2013 und 2014 einen sehr intensiven Dialog mit der Verwaltung. In diesen Jahren hatten wir mehrfach Kürzungshaushalte – und zwar unnötige Kürzungshaushalte. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Ämter viel weniger ausgaben, als sie vorher geplant hatten. Das änderte die Kämmerei nach und nach, Plan und Ist näherten sich an. Damit kamen auch die Kürzungshaushalte zu einem Ende.

In den diesjährigen Haushaltsberatungen hat DIE LINKE Kürzungen öffentlich gemacht, die der Haushaltsentwurf vorsah. Das Jamaikabündnis hat sich über unsere Kritik nicht gefreut, aber immerhin mit einem Haushaltsbegleitbeschluss die Verwaltung mit der Rücknahme dieser Kürzungen beauftragt. Aber dass Schwarz-Grün hierfür nicht die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt, ist nicht schön.

Die Kürzungen sollen durch Umschichtungen innerhalb des Dezernates zurückgenommen werden. Das bedeutet natürlich: Für jedes Loch, das an einer Stelle gestopft wird, wird an anderer Stelle ein neues aufgerissen.

Frau Kämmerin, sie müssen ihr Schatzkästchen öffnen. Und wir haben Glück, denn es ist voller als gedacht:

Der LVR hat die genauen Beträge der Landschaftsumlage genannt: 374,4 Mio. Euro. Somit stehen im Haushaltbeschluss, den wir heute vorliegen haben, immer noch 20,8 Mio. zu viel. Diese Mittel können Sie den Dezernaten zur Verfügung stellen.

...

In den Haushaltsänderungen von Jamaika und GUT sind natürlich auch positive Sachen dabei.

... Gespannt waren wir darauf, welche Investitionen in den Klimaschutz das Jamaikabündnis vorsehen würde. Aber hierzu ist in Ihrem Änderungsantrag weitgehend eine große, leere Wüste.

In der Diskussion über eine bessere Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit haben wir von den LINKEN gesagt: Wir brauchen schnelle Änderungen und da muss man auch Geld in die Hand nehmen. DIE LINKE Ratsfraktion hat in ihrem Haushaltsentwurf zusätzliche 15 Mio. Euro für Radschnellwege vorgeschlagen. Von Ihnen – nichts!

...Neben diesen Stillstand gibt es aber auch einen Rückzug aus Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge:

Sie wollen sich aus der kommunalen Verantwortung für die Städtischen Kliniken herauswinden.

Sie wollen den Großmarkt komplett in private Hand geben und sich der öffentlichen Verantwortung der Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln entziehen.

Unser Gegenmodell lautet:

Die Daseinsvorsorge in Köln mit Investitionen stärken und ausbauen.

Wir haben in unserem Haushaltsentwurf für zwei Jahre eingeplant:

- 84 Millionen Euro für Wohnungsbau
- 50 Millionen Euro für Investitionen bei den Städtischen Kliniken
- 2,5 Millionen Euro für ein Wohnheim für Erzieherinnen
- 10 Millionen Euro für Baumaßnahmen für sichere Schulwege
- 25 Millionen Euro für ein weiteres Schwimmbad

Wir haben uns in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungsunternehmen in den letzten Jahren immer wieder mit ihnen gestritten, wieviel Gewinne in den Haushalt fließen bzw. für Investitionen in den Unternehmen für die Daseinsvorsorge verbleiben. Der Haushalt 2019 sah in seiner mittelfristigen Planung eine gewaltige Erhöhung der Gewinnabführung aus den Stadtwerken vor – annähernd eine Verdopplung auf fast 90 Mio. Euro! Diese Schädigung eines städtischen Unternehmens hatten Sie bedenkenlos mitgetragen – meine Damen und Herren von CDU, Grünen, FDP und GUT.

Umso mehr freut uns, dass die Kämmerin nunmehr ein Machtwort gesprochen hat und die geplanten Abführungen in den Haushalt um einen zweistelligen Millionenbetrag reduziert hat. Damit werden den Stadtwerken dringend benötigte Investitionen möglich.

...Ich möchte meine Kernthese von der letzten Haushaltsrede bekräftigen: Nur durch die Schaffung von mehr kommunalen Wohnraum mit bezahlbaren Mieten wird die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander gehen.

Und diese strategischen Diskussionen werden hier im Rat und in seinen Ausschüsse leider nicht geführt, sondern nur kleinteilige Entscheidungen getroffen, ob die Stadt mehr X oder Y anschaffen soll.

Wenn Jamaika in Köln überhaupt investiert, dann in Hochkultur. In der letzten Ratssitzung haben sie weitere 150 Mio. Euro für die Städtischen Bühnen genehmigt, eine Gesellschaft für die mindestens 116 Mio. teure Historische Mitte gegründet und die Raumaufteilung für den Anbau des Wallraf-Richartz-Museum beschlossen, ein weiteres 60-70 Mio.-Projekt. Das Kölner Bürgertum findet das angemessen. Wir nicht!

Köln nähert sich einem ausgeglichenen Haushalt an. Möglicherweise wird dieses Ziel in 2020 erreicht. Aber, meine Damen und Herren, einen generationengerechten Haushalt haben wir dadurch nicht.

Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur, den nachfolgenden Generationen keine Schulden zu hinterlassen. Es bedeutet: Ihnen eine gute Ausbildung zu gewährleisten, einen Job, von dem man leben kann, eine Wohnung, die sie bezahlen können, eine Stadtgesellschaft, in der man füreinander einsteht

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir Ausgaben für die soziale Infrastruktur in Köln und dafür brauchen wir Investitionen!

Lassen sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen: Zurzeit kümmert sich das Kölner Max-Planck-Institut um die Kölner Stadtfinanzen. Ich wurde mit der Frage konfrontiert, warum sich DIE LINKE so viel Arbeit mit dem Haushalt macht, wenn ihre Forderungen doch sowieso abgelehnt werden. Ich habe darauf gesagt: „Nur wer in die Tiefen des Haushaltes eindringt und eigene Vorschläge macht, blickt durch und kann mitreden."

Ich würde mir wünschen, dass jede Fraktion sich diese Arbeit macht und wir endlich mal eine Diskussion über strategischen Fragen der Haushaltspolitik entwickeln würden.

„Die Alternative zur aktuellen Politik ist ein gutes Leben für alle Menschen weltweit“

Die Oberbürgermeisterinnenwahl ist gerade für kleinere Fraktionen eine Gelegenheit, nicht nur ihre Inhalte bekannt zu machen, sondern auch ihrer Kommunalpolitik ein Gesicht zu geben. Platzjabbeck wollte wissen, was gerade junge Menschen darüber denken und fragte deshalb Marvin Stutzer.
Er ist 27 Jahre alt und engagiert sich bei der linksjugend [‘solid], bei den Falken und Fridays for Future.

Platzjabbeck: DIE LINKE wird die OB Wahl nicht gewinnen. Warum bist der Meinung, dass wir trotzdem kandidieren sollen?

Marvin Stutzer: Was Politik und Verwaltung tun, passiert unter realen gesellschaftlichen Bedingungen, die durch kollektive Kämpfe und Auseinandersetzungen geprägt werden können. Sie sind deshalb kein leeres Blatt, das beliebig beschrieben werden kann, sobald wir nur den richtigen Stadt-Köln-Stempel haben, den wir draufsetzen können.

Es könnte uns also einerseits passieren, dass wir diese Wahl gewinnen, ohne unser Programm umsetzen zu können. Es könnte uns aber auch passieren, dass wir unser Programm umsetzen können, ohne diese Wahl zu gewinnen.

Es kommt also nicht in erster Linie darauf an, wer die Amtskette trägt, sondern wie viele mit uns gemeinsam bereit sind, sich zu bewegen und ihre Ketten zu verlieren. Ich möchte, dass wir auch im OB-Wahlkampf klarmachen, dass wir für eine grundsätzlich andere Gesellschaft stehen, in der Armut, Hunger, Ausbeutung und Krieg keinen Platz mehr haben.

Platzjabbeck: Warum sollen wir nicht mit SPD und kleinen Gruppen eine gemeinsame OB Kandidat*in aufstellen?

Marvin Stutzer: Mir fallen spontan mehrere Kölner SPD-Mitglieder ein, deren OB-Kandidaturen ich gerne unterstützen würde. Vermutlich sind die aber einfach zu links, um in der eigenen Partei mehrheitsfähig zu sein. Wenn das so ist, müssen wir das anerkennen und sollten selbst die Rolle übernehmen, eine sozialistische Alternative ins Rennen zu schicken. Weil’s auch einfach nicht unsere Aufgabe ist, diese Gesellschaft mit ihren ganzen Notwendigkeiten erfolgreich zu verwalten, sondern den Verhältnissen den Kampf anzusagen.

Ich möchte den Wahlkampf also gerne dazu nutzen, linke Positionen bekannt zu machen und möglichst viele Menschen dazu zu motivieren, selbst politisch aktiv zu werden.

Außerdem möchte ich unbedingt einen Showdown zwischen bürgerlicher Mitte und AfD verhindern: Die Alternative zur aktuellen Politik ist nicht das Comeback des Faschismus, sondern ein gutes Leben für alle Menschen weltweit.

Platzjabbeck: Was sollen die wichtigsten politischen Themen für die linke Kandidat*in sein?

Marvin Stutzer: Wir haben in den letzten Jahren einen massiven gesellschaftlichen Rechtsruck erlebt. Viele Menschen sind mittlerweile ernsthaft der Meinung, dass die entscheidende Trennlinie in dieser Gesellschaft entweder zwischen Deutschen und Geflüchteten oder Klimaschützer*innen und Arbeitnehmer*innen verläuft.

DIE LINKE hat politische Analysen zu bieten, die die wirklichen Ursachen sozialer Ungleichheiten benennen und damit über gemeinsame und gegensätzliche Interessen aufklären können. Wir können eine Plattform sein, soziale Kämpfe in dieser Stadt zu verbinden, indem wir zum Beispiel gemeinsame Interessen von Arbeiter*innen, Arbeitslosen, Geflüchteten und Klimaschützer*innen aufzeigen und einen Teil dazu beitragen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Platzjabbeck: Was erwartest du persönlich von der Kandidat*in?

Marvin Stutzer: Sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen und sich darüber bewusst zu sein, wie begrenzt die Möglichkeiten sind, als OB diese Stadt zu verändern. Nicht nur in der offiziellen Politik, sondern in sozialen Bewegungen aktiv zu sein, ihnen zuzuarbeiten und ihre Positionen aufzugreifen und in die parteipolitischen Auseinandersetzungen zu tragen.

Sich immer darüber klar zu sein, dass es nicht um Posten und persönlichen Fame gehen kann, sondern nur darum, echte soziale Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt zu erreichen. Sich konsequent der Kritik ihrer Genoss*innen zu stellen und Feedback einzufordern, um nicht einsam oder abgehoben zu werden.

Sich im Rat und in der Verwaltung mit anderen gemeinsam für jede konkrete Verbesserung einzusetzen - aber keine Verschlechterungen mittragen. Am Ziel einer grundsätzlich anderen Gesellschaft festhalten. Keine Versprechen abgeben, die nicht gehalten werden können und vor allem nicht die Interessen der Leute verraten, für die und mit denen man gemeinsam angetreten ist, diese Welt zu verändern!

Pressemitteilung der LINKEN

Für Politikwechsel in Köln –

DIE LINKE wird erstmals Kandidatln zur OB-Wahl 2020 aufstellen

DIE LINKE. Köln wird den Wähler*innen die Möglichkeit bieten, bei der OB-Wahl für den Politikwechsel zu stimmen.

DIE LINKE. Köln hat auf ihrer Kreismitgliederversammlung am Dienstag, 5. November 2019, einmütig entschieden, bei den Kommunalwahlen im Jahr 2020 eine*n eigene*n OB-Kandidat*in aufzustellen.

„Köln braucht eine radikale und zugleich realistische Alternative zur bisherigen Kommunalpolitik. Wir werden eine*n OB-Kandidat*in aufstellen, die/der für diesen Politikwechsel steht.“ fasst Angelika Link-Wilden, Sprecherin der LINKEN. Köln, das Motiv der LINKEN zusammen.

„Vor unserer Entscheidung haben wir mit anderen fortschrittlichen Parteien und Gruppen über die Möglichkeit einer gemeinsamen Kandidatur gesprochen.

Leider fehlt insbesondere der SPD offensichtlich der Mut, auf eine*n eigene*n Kandidat*in zugunsten eine*r Kandidat*in zu verzichten, die/der das grün-linke Milieu über Parteigrenzen hinweg ansprechen könnte,“ erläutert Hans Günter Bell, Sprecher der LINKEN. Köln, das Vorgehen der LINKEN.

Terminhinweis:
DIE LINKE. Köln wird auf ihrer Kreismitgliederversammlung am Dienstag, 24. März 2020, über ihre*n OB-Kandidat*in entscheiden.

Gastbeitrag

Das grüne Herz Deutschlands ist rot

Am 27. Oktober fanden in Thüringen die letzten Landtagswahlen in diesem Jahr statt. Nach den schlechten Wahlergebnissen für DIE LINKE bei den Europawahlen und auch den bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen endete die Wahl mit dem historisch besten Ergebnis für DIE LINKE bei einer Landtagswahl in Deutschland seit ihrer Gründung.

343.000 Menschen gaben der LINKEN ihre Stimme, was erstmals in der Geschichte Thüringens dazu führte, dass nicht mehr die CDU stärkste politische Kraft ist. Gleichwohl hat die bisherige rot-rot-grüne Koalition im neuen Landtag keine Mehrheit mehr. Ein Zugewinn von insgesamt 55.000 Stimmen hat nicht genügt. Am Ende ist auch die FDP denkbar knapp in den Landtag eingezogen. R2G verfügt damit über 42 Abgeordnete (davon 29 LINKE, 8 SPD und 5 GRÜNE).

Besorgniserregend ist der erneute Wahlerfolg der AfD, die zweitstärkste Kraft in Thüringen wurde und von 259.000 Menschen gewählt wurde. Dabei wird sie überdurchschnittlich stark in Ostthüringen und im ländlichen Raum gewählt. Fast 40 % aller Arbeiter*innen haben AfD gewählt. Insgesamt wählen deutlich mehr Männer die AfD als Frauen (28 % vs. 18 %) und vor allem Wähler*innen zwischen 25 und 44. Inzwischen geben ¾ der Wähler*innen der AfD an, die Partei wegen ihres Programms zu wählen. Damit kann kaum noch davon gesprochen werden, die Partei werde nur aus Frust, Wut oder Enttäuschung gewählt. Vielmehr greift die AfD alle möglichen Anti-Positionen auf, ob es gegen Windkraft, Geflüchtete oder die Rechte von Minderheiten geht. Auffallend ist, dass Höcke bei der Wahlentscheidung kaum eine Rolle spielt. Er ist der unbeliebteste Politiker in Thüringen und nicht mal eine Mehrheit der AfD-Wähler*innen würde ihn wählen. Allerdings wurde die AfD 2017 noch von 35.000 Menschen mehr gewählt. Nichtsdestotrotz: Der Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus muss deutlich verstärkt werden.

Der Wahlerfolg der LINKEN, die nur bei der Bundestagswahl 2009 mehr Stimmen in Thüringen erhielt, hat drei wesentliche Ursachen:

Der Spitzenkandidat und Ministerpräsident Bodo Ramelow macht für über 70 % aller Wähler*innen eine gute Arbeit. 1/3 der Wähler*innen haben wegen ihm DIE LINKE gewählt, was auch an dem deutlich höheren Zweitstimmenergebnis abzulesen ist.

Der LINKEN wurde bei den wahlentscheidenden Themen Bildung und soziale Gerechtigkeit die höchste Kompetenz zugewiesen. Trotz aller Herausforderungen wurde damit die Arbeit der Landesregierung honoriert, zwei beitragsfreie Kita-Jahre, 400 Millionen Euro Investitionen für Schulsanierung und 3.500 Neueinstellungen bei Lehrer*innen. Zudem hat DIE LINKE vor allem Nichtwähler*innen mobilisiert, vor allem bei Frauen, Angestellten, Selbständigen und in Kleinstädten gab es Zugewinne.

Die Arbeit der Landesregierung wurde von 60 % aller Wähler*innen positiv bewertet, aber Wähler*innen der LINKEN waren zu 95 % zufrieden.

DIE LINKE hat im Wahlkampf darauf gesetzt, die r2g-Regierung unter Bodo Ramelow fortzusetzen. Es gelang offenbar in den letzten fünf Jahren zu zeigen, dass DIE LINKE erfolgreich eine Regierung führen kann. Thüringen ist bei fast allen sozioökonomischen Kennziffern inzwischen auf Platz 1 aller neuen Länder und setzt daneben noch pointiert eigene Akzente: öffentlich geförderte Beschäftigung. Tariftreue- und Vergabegesetz, Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft und Aufkauf von Privatwohnungen, Stärkung des öffentlichen Dienstes und mehr Bürger*innenbeteiligung. Und Thüringen setzt auch bei anderen Themen Akzente: Ob es um Vertretung ostdeutscher Interessen geht, um die Aufnahme von Geflüchteten oder auch eher symbolische Akte, wie die Unterstützung von Bodo Ramelow für die YPG oder die katalanischen politischen Gefangenen. Es ist nicht übersehbar, welcher Partei der Ministerpräsident angehört.

Der CDU ist es nicht gelungen, eine Wechselstimmung herbeizuführen. Sie hat im Wahlkampf mehrfach versucht, Positionen der AfD zu übernehmen, die Leute wählen inzwischen aber das Original.

Gerade nach der Wahl wurde klar, dass die CDU in Bezug auf die Haltung zur AfD tief zerstritten ist. Auch der Versuch der CDU das rot-rot-grüne Lager in einen guten „bürgerlichen" und einen „bösen" Teil aufzuspalten, ging fehl. LINKE, SPD und GRÜNE sind sich einig, die Regierung fortsetzen zu wollen und im Dialog mit dem Parlament Mehrheiten zu suchen, bei Ausschluss der AfD.

Wenn es um die Stärkung der direkten Demokratie geht, wenn es um zusätzliche Einstellungen bei Lehrern und Polizei geht, wenn es darum geht Unterrichtsausfall zu begrenzen, bei all diesen Themen gibt es die Bereitschaft mit CDU und FDP zu verhandeln. Die Thüringer Verfassung bietet dabei den Vorteil, dass es keinen zeitlichen Druck gibt. Die Landesregierung bleibt geschäftsführend im Amt, bis ein neuer Ministerpräsident gewählt ist. Der Landtag kann nur mit 2/3-Mehrheit aufgelöst werden. Zudem reicht im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten.

Deshalb scheint es im Moment am wahrscheinlichsten und auch am sinnvollsten, den Versuch einer Minderheitsregierung zu unternehmen. Das hätte den Vorteil, dass ein politisches Lager geschlossen die Regierung bildet und sich in Sachfragen Mehrheiten sucht, aber anders als in Berlin nicht die beiden großen Parteien koalieren und damit der AfD Räume öffnen. Ja, das wird den Gestaltungsraum für progressive Politik beschränken und einengen, aber es stärkt das Parlament und die gewählten Abgeordneten. Das jedenfalls wäre mal was Neues.

Thorsten Weil ist der Leiter des Büros des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow in Erfurt.

Er lebt in Köln und ist auf Vorschlag der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE im Aufsichtsrat der KölnMesse.

TERMINE

Mi., 27. November

Auf dem Weg zum gemeinschaftlichen Wohnen
Erste Schritte u. Vernetzung, Anmeldung: Kontakt@nwia-ev.de (mit Tel.-Nr.!), Eintritt frei. 16.30 bis 18 Uhr. *Ort: Büro von Neues Wohnen im Alter, Marienplatz 6, Altstadt-Süd*

Do., 28. November

Henry Oster: Ein jüdischer Junge überlebt Auschwitz
Dr. Karola Fings u. Aaron Knappstein erzählen von ihrer Begegnung mit Henry Oster, Jörg Fabrizius liest aus „Rechts zum Leben, links zum Tod“, *Ak 4,50. Ort: 19 Uhr, EL-DE Haus, NS-Dok.*

Ein soziales Europa zwischen Wunsch und Wirklichkeit
Vortrag: Anne Gödde, *Eintritt frei. Ort: VHS Studienhaus, 18 Uhr*

Children Care Uganda: PRÄSENTATION & DISKUSSIONSRUNDE: Unsere Arbeit mit benachteiligten Kindern & Jugendlichen in Uganda
Zu Gast aus Uganda: CCU-Gründerin Miriam Öttinger
Wie kann interkulturelle Zusammenarbeit funktionieren? Warum ist Kulturaustausch wichtig? Was bedeutet überhaupt soziales Engagement? Eine Veranstaltung von Uganda Children Care
20 Uhr, Allerweltshaus

Fr., 29. November

Global Day of Climate Action
Werden es diesmal noch mehr? Nachdem bereits im September allein in Köln 70.000 Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gegangen sind, wird kurz vor Beginn der UN-Klimakonferenz wieder weltweit demonstriert. Wir sind gespannt, mit welchem Verkehrsmittel Oberbürgermeisterin Henriette Reker diesmal anreist.
Hohenzollernring, 11 h

Köln global: SDG-Tag
Die „17 Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen sollen eine nachhaltige, soziale und ökologische Entwicklung sichern. Das Projekt „Köln: global-nachhaltig“ vom Allerweltshaus stellt die Frage, wie diese globale Nachhaltigkeitsagenda im Lokalen umgesetzt werden kann. Das Thema des diesjährigen SDG-Tags treibt die Klimapolitik weltweit um: der Zusammenhang von Klimawandel und sozialer Gerechtigkeit. *Alte Feuerwache, 9.30-16 Uhr, Programm: http://bit.do/sdg-tag-2019*

Mo., 2. Dezember

Auf der Suche nach dem gelobten Land. Jüdische Jugend in der Weimarer Republik, Vortrag: Harald Lordick, VA: Kölnische Gesellschaft. 19.30 Uhr, *Ort: Judaica der Synagogen-Gemeinde, Roonstr. 50*

MENSCHENRECHTE BRASILIEN - Schwarzsein, Pluralität und Alltagsrassismus in Brasilien, Filmabend & Diskussion mit Alex Mello & Thais Nepomuceno
Brasilien ist ein Land großer Pluralität. In solch einem politischen Moment, in dem diese Diversitäten heftig abgelehnt und unterdrückt werden, ist die Reflexion unserer pluralischen Identitäten wie das Schwarzsein um so wichtiger. Um die Stigmatisierung von verfestigten Bildern der schwarzen Bevölkerung Brasiliens zu überwinden sowie um die Pluralität des brasilianischen schwarzen Kinos zu unterstreichen und sichtbar zu machen werden wir an dem Filmabend Filme aus Brasilien zeigen, in denen afrobrasilianische Perspektiven vom Rand ins Zentrum rücken und von einem anderen Standpunkt als den der öffentlichen Meinung aus betrachtet werden.
19 Uhr, Allerweltshaus Köln e.V. - großer Saal

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Mittwoch, 4. Dezember, 19:30 h, Der andere Buchladen, Weyertal 32, Köln-Sülz
Die zerrissene Republik
Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland
Mit Christoph Butterwegge diskutieren wir über sein neues Buch (erscheint Ende November)
Seit geraumer Zeit ist die wachsende Ungleichheit das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der gesamten Menschheit. Während daraus im globalen Maßstab ökonomische Krisen, Kriege und Bürgerkriege resultieren, die wiederum größere Migrationsbewegungen nach sich ziehen, sind in Deutschland der gesellschaftliche Zusammenhalt und die repräsentative Demokratie bedroht. Daher wird nicht bloß thematisiert, wie sozioökonomische Ungleichheit entsteht und warum sie zugenommen hat, sondern auch, weshalb die politisch Verantwortlichen darauf kaum reagieren und was getan werden muss, um sie einzudämmen.

Dienstag, 17. Dezember, 19:30 h, Galerie Freiraum, Gottesweg 116 a, 50939 Köln
Die Zeit ist reif für (noch mehr) Feminismus? Von aktuellen Aufbrüchen, Chancen und Herausforderungen
Mit Melanie Stitz
Weltweit gewinnen feministische Bewegungen an Stärke und schlagen einen immer radikaleren Kurs ein: Lautstark und vielfältig stellen sie sich dem neoliberalen Ausverkauf des Gesundheitssystems und schlechten Arbeitsbedingungen entgegen. Sie kämpfen gegen sexuelle Gewalt, rassistische Ausgrenzungen und die Zerstörung der natürlichen Umwelt. Sie treten für soziale Gerechtigkeit als Grundlage für Selbstbestimmung über Körper und Leben ein. Damit gehören sie zu den wichtigsten Gegner*innen eines globalen Rechtspopulismus und bauen an einer besseren Zukunft für alle. Vom 12.-15. September hatten die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Netzwerk Care Revolution und das Konzeptwerk Neue Ökonomie zum FeministFutures-Festival in die Zeche Zollverein in Essen eingeladen. Mehr als 1.500 Menschen – in überwiegender Mehrheit Frauen* – , darunter viele internationale Gäste, diskutierten und vernetzten sich in rund 100 Workshops.

Di., 3. Dezember

Welche Zukunft, welches Theater? Das Theater steckt in der Krise. Seit Jahren werden dafür vor allem die schwindenden Kulturhaushalte von Ländern und Kommunen verantwortlich gemacht. Aber resultieren die Probleme womöglich auch aus der Überlebtheit des Systems? Auf dem Podium am Offenbachplatz diskutieren Expertinnen über die Zukunft des Theaters zwischen Digitalität, Diversität und Demokratisierung.
20 Uhr, Außenspielstätte am Offenbachplatz

Mi., 4. Dezember

Unter vier Augen. Jakob Augstein trifft Prof. Dr. Armin Nassehi. *Ort: Britney, Außenspielstätte am Offenbachplatz, 20 Uhr*

Do., 5. Dezember

„Nieder mit den Deutschen“ von Dietrich Schubert
Ein ehemaliger Edelweißpirat kommt nach Köln zurück und begegnet demjenigen, der ihn während der Nazizeit im Keller der Gestapo-Zentrale fast tot prügelte. Der Versuch, den »Kellermeister« zu stellen und ihm heimzuzahlen, was nicht heimgezahlt werden kann, bestimmt den Rhythmus des Schwarzweißfilms von 1984. Zu Gast ist heute auch Regisseur Dietrich Schubert.
19 Uhr, EL-DE Haus, NS-Dok

Kolumbien – Die Schule inmitten des bewaffneten Konflikts
Einführung in den kolumbianischen bewaffneten Konflikt. Stefan Ofteringer (Misereor) Vortrag „Kolumbien: Die Schule inmitten des bewaffnetes Konflikts".Im Anschluss eine offene Diskussion
19 Uhr, Allerweltshaus

Fr., 6. Dezember
Lorenzo Marsili
„Wir heimatlosen Weltbürger" von Lorenzo Marsili und Niccolò Milanese war im Frühjahr das Buch zur Europawahl. Statt nationalistischer Heimatsuche plädieren die Autoren für eine Überwindung des Nationalstaates. Ihre Vision ist die Transformation eines neoliberalen zu einem transnationalen, sozialen Europa. An diesem Abend wird Marsili sein neues Buchprojekt vorstellen, das den alternativen Zukunftsgedanken nach China trägt.
20 Uhr, King Georg

Sa., 7. Dezember
Die Baustelle. Aktivisten machen Kunst! Heute eröffnet ein Diskussionsforum im Rautenstrauch-Joest-Museum, um das herum in den nächsten Monaten eine Ausstellung entstehen wird. In »RESIST! Die Kunst des Widerstands« geht es um Protestbewegungen aus dem globalen Süden, und die Museumsbesucher können sich an Konzeption und Umsetzung aktiv beteiligen. Heute gibt es Gespräche und Performances u.a. vom Kalker Integrationshaus und »NSU Komplex auflösen« sowie einen Tanzworkshop für Kinder. Eintritt frei.
16:00 Uhr, Rautenstrauch-Joest-Museum

Mo., 9. Dezember
Ratschlag von Köln stellt sich Quer: Neue Impulse gegen Rechts
Nicht erst seit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den Anschlägen von Halle und noch einmal verstärkt, nach den bedrückenden Wahlerfolgen für die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen stellen sich viele alte Fragen des Kampfes gegen Rechts neu. Was tun gegen rechtsterroristische Netzwerke, rechte Ideologen und rechtsextremistische wie rechtspopulistische Parteien in den Parlamenten von Kommunen, Ländern und im Bundestag? Das wollen wir mit allen Interessierten, engagierten Menschen, Organisationen und Netzwerken diskutieren und Schlussfolgerungen für gemeinsame Aktionen ziehen. Welche Organisationsformen,

Bündnisse, welche Form der Zusammenarbeit sind wichtig für unsere gemeinsamen politischen Aktionen, für unsere Aufklärungs- und Bildungsarbeit, für die Arbeit in den elektronischen Medien und sozialen Netzwerken?
Den Ratschlag unter dem Motto „Neue Impulse gegen Rechts" verstehen wir als erstes Diskussionsangebot, dem weitere, auch gemeinsam vorbereitete Veranstaltungen 2020 – auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen in Köln - folgen sollen.
a) Hans Peter Killguss
Geschichte und Aktualität des Rechtsterrorismus. Zivilgesellschaftliche und staatliche Handlungsmöglichkeiten.
Anschließend Workshop: Moderation: Anne Rossenbach und Reiner Hammelrath
b) Prof. Dr. Gudrun Hentges
Neue Debatten über Ursachen des Aufstiegs der politischen Rechten
Anschließend Workshop: Moderation: Brigitta von Bülow und Hajo Leib
Abschlussplenum: Kurzer Bericht ohne Diskussion.
Wir bitten aus organisatorischen Gründen um eine kurze telefonische oder schriftliche *Anmeldung beim DGB Köln: Mail: koeln@dgb.de – Telefon: 0221- 5000320*
18.00 – 21.00 Uhr, NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25

Neue Rechte und Antisemitismus
Die »Neue Rechte« betreibt Etikettenschwindel. Sie grenzt sich vom Nationalsozialismus ab, aber in ihren Veröffentlichungen und Statements finden sich jahrhundertealte antisemitische Stereotypen. Der Historiker Volker Weiss, der ein Standardwerk über die »Neue Rechte« verfasst hat, zeigt in seinem Vortrag, wie sich antisemitisches Denken in neu-rechten Positionen zum Nahostkonflikt oder vergangenheitspolitischen Debatten zeigt. Der Eintritt ist frei.
19:00 Uhr, Humanwissenschaftliche Fakultät

Do., 12. Dezember
Sitzung des Kölner Stadtrates, ab 17 Uhr über Live-Stream.

Amnesty International: Menschenrechte in der Stadt
Mehr denn je sind Städte Orte für die Kämpfe unserer Zeit: Kämpfe um Integration und Partizipation, gegen Gentrifizierung und andere Ausgrenzungsformen. Das »5. Kölner Menschenrechtsforum« stellt sich dieses Jahr die Frage nach den Menschenrechten in der Stadt: Wie können Freiheit, Sicherheit und das Recht auf Diversität durchgesetzt und bewahr werden - in Köln, aber auch im globalen Maßstab?
19:30 Uhr, Rautenstrauch-Joest-Museum

Fr., 13. Dezember
Die vergessene Revolution
„Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst. Unerhörtes ist geschehen!", proklamierte Philipp Scheidemann, Vorstandsmitglied der Sozialdemokraten, am 9. November 1918 am Fenster des Reichstages. Was danach geschah, ist bekannt. Oder? Das Nö-Theater bringt die Revolution auf die Bühne und fragt, ob die Aufstände von damals wirklich »eine verpasste Chance für eine bessere Welt« waren.
20.30 Uhr, Theater Tiefrot

Namibische Perspektive. Vortrag u. Gespräch mit Esther Utjiua Muinjangu (Ovaherero Genocide Foundation) über Anerkennung, Entschuldigung u. Reparation des Genozids der Herero u. Nama in Namibia. Ort: Rautenstrauch-Joest-Museum, 19 Uhr

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Mi., 8. Januar 2020
Neujahrsempfang der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE.
Ab 18 Uhr, Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal, 1. Stock.

TERMINE DER FRAKTION

Mi, 27. November, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Mi, 27. November, 18.00 Uhr
Kommunalpolitischer Ratschlag: Wohnalltag im smart home – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung Prof. Nadine Marquardt

Do, 28. November, 18.30 Uhr
AK Stadtentwicklung und Verkehr

Mo, 2. Dezember, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Mo, 2. Dezember, 19.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion

Do, 5. Dezember, 18 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Verwaltung

Mo, 9. Dezember, 17 Uhr
AK Frauen

Do, 19. Dezember, 19 Uhr
AK Wohnen

Redaktionsschluss: 10. Dezember

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Zuschuss für die Ombudsstelle für Geflüchtete wird gekürzt!

Nach dreieinhalb Jahren erfolgreicher Arbeit werden die Zuschüsse für die Ombudsstelle für Geflüchtete gekürzt. Dabei soll die halbe Stelle für eine Verwaltungskraft wegfallen. Bislang wurden für Verwaltungstätigkeiten 11 Wochenstunden verwendet. Diese Arbeit sollen die beiden Ombudsleute nun nebenbei erledigen.

Begründet wurde das von der Verwaltung mit der rückläufigen Zahl der Geflüchteten. Tatsächlich sind die neuen Beratungsfälle leicht rückläufig. Allerdings gibt es auch zahlreiche Altfälle, die noch nicht gelöst sind. Auch sagt die Fallzahl nichts über die Arbeitszeit, die in die Beratungsfälle fließt, aus. Bei hohem Aufkommen an Fällen bleibt für den einzelnen Fall nur wenig Zeit. Entspannt sich die Situation kann intensivere Beratungsarbeit erfolgen.

Perspektivisch soll der Zuschuss wieder angehoben werden, wenn es mehr als 60 neue Beratungsfälle im Quartal gibt. Doch diese Zahlen wurden selbst 2016 nicht erreicht, als es wesentlich mehr Geflüchtete gab als jetzt.

Während daheim gekürzt wird, brüstet sich die Stadt international mit der Ombudsstelle. Gegenüber der UN ist sie Teil eines 10-Punkte-Planes der Städtekoalition gegen Rassismus. DIE LINKE hat sich gegen die Kürzungen ausgesprochen und für die Verlängerung, aber gegen die Kürzungen gestimmt.

Güldane Tokyürek

Ombudsstelle
für Flüchtlinge in Köln

Der Einsatz für ein drittes Frauenhaus trägt Früchte

Seit mehr als sieben Jahren fordern Frauenverbände und Politikerinnen ein drittes Frauenhaus in Köln. Grund dafür ist die gestiegene Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen. Im Jahr 2018 mussten 632 Frauen abgewiesen werden, weil sie keine Schutzmöglichkeit gefunden haben. In Köln haben wir zwei Frauenhäuser mit jeweils 10 Plätzen. Der Neubau des ersten Frauenhauses wird sechs zusätzliche Schutzplätze schaffen.

Die bisher existierenden beiden Frauenhäuser können von ihrer Kapazität her keine Frauen mehr aufnehmen. Vor allem, wenn sie mit ihren Kindern Schutz suchen. Das Projekt drittes Frauenhaus (barrierefrei und mit Aufnahmemöglichkeit für Jungen über 12 Jahre) war immer wieder Mittelpunkt der Diskussion

der frauenpolitischen Sprecherinnen der demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt Köln. Die Zahl der abgewiesenen Frauen zeigt, dass ein 3. Frauenhaus dringend notwendig ist. In der Ratssitzung am 7. November 2019 wurde der Doppelhaushalt verabschiedet. Weil alle demokratischen Fraktionen das dritte Frauenhaus unterstützen, wurde die Verwaltung in einem Begleitbeschluss beauftragt, ein passendes Grundstück oder Immobilie zu finden, die Kosten zu ermitteln und diesen Bedarf beim Land NRW anzumelden.

Somit ist nun etwas Bewegung in die Bemühungen um ein drittes Frauenhaus in Köln gekommen, was wir begrüßen. Allerdings müssen wir dabei bleiben, bis unsere Forderung auch realisiert wird.

Hamide Akbayir